

Erstein
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
M. Perter, Industriehalle
Kloster-Zürich
Postsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements
werden nur beim Verlag und
desse bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Einzelschilling von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Arrenschub)
Fr. 3.— für Deutschland (Konvert)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Konvert)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Arrenschub).
Inserate
Die dreispaltige Zeile
25 Gts. — 20 Pfg.

Nr. 7.

Sonntag, 15. Februar.

1880.

Wie an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Rücksichtsmäßigkeit verschmäht werden, die Briefmarken über den naheren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterfordernis ist hierzu einzuführen, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst schreiben, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich beim mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst zur-erlässliche Zustellungsstellen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Rekommandierung. Sobald an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Fonds zur Unterstützung der Opfer des Sozialistengesetzes.

Beim „Sozialdemokrat“ sind folgende Gelder eingegangen:
13. Liste Leipzig 2,60; Hannover 15,—; Cassel 11,—; Angsburg 14,—;
Leipzig 3,—; Duisburg 10,—; Pausen 2,20; Ottenen 4,—; Fr. 30,—;
Mainz 8,—; Dresden 50,—; 20,—; Rizza 16,—; Notendruck Leipzig 1,—;
Frankfurt a. M. 160,—; Elm 15,—; Rordhausen 5,—; Entschick bei
Leipzig 3,—; Danau 30,—; Leipzig 1,—; Kaulbron 3,—; Hamburg 7,30;
Aus Nord-West 9,—; Kall bei Köln 6,25; Naumburg 2,30; Neustadt im
Schwarz 60,—; Schwidnitz 3,65; Dresden 3,—; Aus Nord-West 60,—;
Rühlhausen i. Th. 3,—; Ernstthal 3,—; Kienberg 33,—; Brandenburg 5,—;
Köln 100,—; Berlin 819,—; Cassel 9,—; Leipzig 6,—; Leipzig 2,—; Gr.
Wuheim 5,—; Weidling bei Wien 6,—; Leipzig 3,—; Reiz 2,—; Großschirma
3,10; Buchholz i. S. 6,—; Dortmund 20,—; Dessau 10,60; Wechselburg 3,—;
München 11,75; Brundöben 5,—; Ueberfeld 6,—; Wiesch 5,—; Gotha
10,25; Frankfurt a. M. 5,—; Großenhain 15,50 u. 1,50; Stuttgart 30,—;
Mittweida 10,—; Sachfenhausen 15,—; Leipzig 2,40; Paris 2. Kate 68,—;
Gera 80,—; Gollnow —,50; Kendsburg 10,—; Leipzig 5,— und 6,—;
München 50,—; Braunschweig 15,—; Inowroclaw 1,30; Raim 40,—;
Mainz 36,60; Forst i. L. 10,—; Leipzig —,90; Bielefeld 16,—; Gelsen
3,—; Marburg 12,60; Deutscher Arbeiterverein Wadensweil 8,06; Deutscher
Keh.-Bild.-Ver. Lütich 14,40; Stadelsberg Rizza 7,20; Ueberfeld 3. Sendg.
Hort mit den Personen, die stets Zutritt zu haben, es lebe die Sache 10,—
zusammen 1995,56 Mark.

Wöchentliche Selbstbesteuerung zu Gunsten der Opfer des
deutschen Sozialistengesetzes: Sammelbogen 1 Zürich 24. Januar
5 Fr.; 31. Januar 8 Fr. 35; 7. Febr. 5 Fr. 55 Gts., zusammen
18 Fr. 90 Gts. — 15 Mark.
13. Liste Gesamtbeitrag Mt. 1995, 56
Wöchentl. Selbstbesteuerung „ 15,—
Früher eingegangen „ 7461, 50
Gesamtbeitrag Mt. 9472, 06

Ueber Nacht.

Ihr lacht, ihr lacht!
Dem Simson Volk, einst mächtig.
Wie schont ihr niederträchtig
Das Haar, doch wächst es prächtig
Aufs Neue über Nacht.

Gebt Acht, gebt Acht!
Trotz euerem Mittelalter
Mit Schwertern und mit Falter
Schwingt sich der Freiheit Falter
Ans Licht doch über Nacht.

Nur lacht, nur lacht!
Trotz aufgeregter Brandung
An starrer Felsenwandung
Des Geisteschiffleins Landung
Geschieht doch über Nacht.

Erwacht, erwacht!
Es naht mit Sturmgetöse
Ein Heiland oder Mose,
Des Friedens bleiche Rose
Wird blutig über Nacht.

Steht Wacht, steht Wacht!
Der Nebelgeist des Broden
Verfliehet, ihr hört erschrocken
Statt Friedens: Sturmgedröden —
So tagt die letzte Nacht!

Reichstagsnachwahl im 17. sächsischen Wahlkreis.

Um Klarheit zu schaffen und eine gemeine betrügerische Aus-
beutung des Nothstandes der armen Bevölkerung dieses Wahl-
kreises durch unsere Gegner von vornherein unmöglich zu machen,
hat Liebknecht im sächsischen Landtag eine Interpellation an den
Minister des Innern gerichtet: ob es wahr sei, daß diejenigen
sächsischen Staatsbürger, welche anlässlich des herrschenden Noth-
standes außerordentliche Unterstützungen — aus privaten oder
öffentlichen Mitteln — erhalten, auf Grund dieser Unterstützung
von den Wählerlisten für die Reichstagswahl gestrichen, d. h.
ihres Wahlrechtes verlustig erklärt werden sollen? Der Minister
antwortete hierauf gewunden und mit allem möglichen Vorbehalt:
inwiefern Unterstützung aus öffentlichen Mitteln vorliege,
wisse er nicht und müsse er sich diesbezügliche weitere Beant-
wortung vorbehalten; dagegen solle und könne wegen
Annahme von Unterstützungen aus Privatmitteln
niemand das Wahlrecht entzogen werden.
Diese Antwort entspricht bezüglich ihres letzteren Theils nicht
nur den Forderungen der Billigkeit, sondern auch der klaren,
unzweideutigen Gesetzesvorschriften. Tropem ist es, Angesichts der

Rücksichts- und Gewissenlosigkeit unserer Gegner in der Wahl
ihrer Mittel gut, daß alle Wähler von dieser Antwort Kenntniss
erhalten, sowie daß sich nach öffentlicher Auslage der Wähler-
listen jeder einzelne Wähler davon überzeugt, ob man nicht seinen
und seiner Bekannten und Gesinnungsgenossen Namen trotzdem
auf Grund der Annahme deraartiger privater, d. h. nicht aus
Mitteln des Armenfonds herrührende Nothstands-Unterstützungen
aus der Wählerliste gestrichen oder „vergesen“ hat! Die Wähler-
liste muß aufs genaueste kontrollirt und überhaupt unsern Geg-
nern scharf auf die Finger gesehen werden.

Die Wahl ist auf den 2. März festgesetzt.
Diese Andeutungen werden genügen, um unsere Genossen im
17. Wahlkreis zur Entfaltung der lebhaftesten, wenn auch ge-
räuschlosen Agitation, die Genossen allerorts aber zur eiligsten
Sammlung von Geldern für den Wahlfonds anzureißen. Ohne
Mühe, ohne Opfer, ohne Kampf kein Sieg!

Zahlen reden.

I.
Jüngst ging die Mittheilung durch die Presse, daß ein preu-
ßischer Professor einen der duffigsten, gefühlvollsten Berie Schiller's
in die Zwangsjacke einer mathematischen Formel gesteckt, sie in
einer trockenen Zahlen- und Buchstabenreihe ausgebrückt habe.
Und alle Welt lachte über den Schulfuchs, dem die dürre Haibe
der Bücherweisheit hemmischer und einladender dünkte, als die
lachende Flur dichterischer Formensönigkeit.

Tropdem aber ist nicht zu leugnen, daß in den Zahlen trotz
ihres trockenen, einförmigen, geistlosen Ansehens ein eigener Zauber,
eine eigene Gewalt liegt. Worte lassen sich deuten, pressen, ziehen,
dehnen, durch geschickte Interpretation und gewandte Form in ihr
Gegentheil verwandeln; mit Worten läßt sich trefflich streiten,
mit Worten lassen sich Systeme und Theorien bereiten. Weniger
biegsam sind die Zahlen; es liegt etwas Bestimmtes, Maßvolles,
Unbewegliches, Halsstarriges in ihnen, das der Sophistik, der
Aus- und Unterlegungskunst spottet. Das Wort läßt sich jeden
Augenblick von jedermann als dienstwilliger Sklave für und
gegen gebrauchen; die Zahlen haben mehr Selbstständigkeit, mehr
Charakter — sie dienen wohl bisweilen als Riethstruppen, sind aber
doch allezeit rechte und feste Männer, deren Kraft nur auf den
rechten Weg gewiesen zu werden braucht, um unwiderstehlich zu wirken.

Und deshalb finden wir die Idee jenes Professors, vergäng-
liche und drehbare Worte in Zahlenreihen zu fixiren, doch nicht
ganz so lächerlich. Freilich dünkt uns ihre Anwendung auf die
Poesie weniger geschmackvoll und zulässig; denn der Zwang ist
der Tod des dichterischen Genies. Desto besser eignet sich die
Sprache der Zahlen aber für das große Gebiet der Gesellschafts-
wissenschaften, in denen es sich nicht um Phrasen, um willkür-
liche Annahmen, sondern um konkrete Thatfachen handelt.

So kann unsere heutige Gesellschaftsverfassung gar nicht tref-
fender charakterisirt und kritisiert werden, als durch einfache, trockene
Zahlenreihen und wer diese nur zu lesen versteht und verständig
und vorurtheilslos genug ist, die sich aus ihnen ergebenden
Konsequenzen zu ziehen, für den sind die Aufstellungen unserer
amtlichen Statistiker die besten Lehrbücher des Sozialismus.
Greifen wir, um die Richtigkeit dieser Behauptung zu zeigen,
einige statistische Zahlenreihen aufs Geratewohl heraus.

Die väterliche preussische Regierung hat neulich, gelegentlich der
Berathung über die „Staatshilfe“ für die Nothleidenden in
Oberschlesien, das Normalbedürfnis eines deutschen „Unterrhans“
auf 20 Pfennige täglich geschätzt, d. h. auf weniger, als der
nächstbeste Landjunker auf die tägliche Ernährung einer seiner Hunde
zu verwenden pflegt. Die hungernden Weiber des sächsischen Erz-
gebirges, die Nothleidenden der Rhön, des Spessarts, des Saue-
landes, des Oden- und Westerwalds, des Culengebirges und wie
die Gauen des glücklichen Deutschlands alle heißen, in denen der
Hunger sein eisernes Siegel schwingt: sie werden alle kaum
viel mehr für ihre tägliche „Ernährung“ aufwenden können.
Rehntausenden und Hunderttausenden von ländlichen und indu-
striellen Arbeitern in nicht nothleidenden Gegenden aber geht es
mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit oder die Geringfügigkeit der
Löhne und die Höhe der Lebensmittelpreise und der Steuerlasten
auch nicht viel besser.

Und während so ein großer Theil des Volkes und zwar ge-
rade der arbeitende, produzierende, die herrschenden Klassen er-
haltende und ernährende über alle Maßen embehrt und hungrig
und langsamer oder schneller verhungert; während so das Funda-
ment und Hauptmaterial der Gesellschaft krank und wankt:
wie leben zur selben Zeit die Beherrschter und Ausbeuter des
Volkes? Die amtlichen Statistiker nennen uns neben den 7,251,927
oder 81 Proz. auf der tiefsten Einkommensstufe (durchschnittlich
190 Thlr. Jahreseinnahme) Stehenden 1,197,399 Personen oder
13 1/2 Proz., welche durchschnittlich 420 Thlr., 291,436 oder
3 1/2 Proz., welche 880 Thlr. und 159,238 oder 1 1/2 Proz.,
welche 3000 Thlr. und darüber beziehen. Von diesen letzteren
nun ist wieder nur eine verhältnismäßig geringe Zahl unter

die eigentlichen Reichen zu rechnen, — diese aber lebt dafür um
so verschwenderischer. 189 Personen beziehen jährlich 24—32,000
Thlr., 89 32—40,000, 37 40—52,000; 12 Personen haben
80—100,000, 8 100—120,000, 3 140—180,000, 5 180
bis 200,000 und 17 von 240,000 bis zu mehreren Millionen
Thaler Einkommen. Die 205 reichsten Personen in Preußen
haben ein Jahreseinkommen von 25 Mill. Thlr. oder 75 Mil-
lionen Mark.

Es hat demnach durchschnittlich jeder dieser 205
täglich tausend Mark oder soviel als fünftausend
arme Schlesier zu verzehren! Oder wenn wir einen all-
gemeineren Maßstab anlegen und 570 Mark als Durchschnitts-
Jahreseinkommen von 81 Proz. des preussischen Volkes annehmen,
so bezieht immer noch einer jener 205 Reichen für
sich allein soviel als 641 Angehörige des Volkes
zusammengenommen, obgleich letztere fleißige Arbeiter sind,
ersterer aber in der Regel ein Faulenzer ist!

Bismarck's amtliches und Privateinkommen wird auf mindestens
800,000 Mark jährlich geschätzt, wobei seine freie Wohnung, der
vortheilhafte Verkauf seiner Papierfabrikate an die Staatsbehörden
und dgl. kleine Nebenvorteile noch gar nicht in Betracht kommen.
Der Hohenzollernkaiser aber bezieht gar gering gerechnet 12 Millionen
pro Jahr, was einem „Taglohn“ von nicht weniger als 35,416
Mark gleichkommt. Für diese Summe könnten nach der
Berechnung der Regierung täglich mehr als 187,000,
nach dem geringsten Durchschnittssatz des Einkom-
mens aber 985 Menschen ein ganzes Jahr lang
ernährt werden, während sie jetzt an einen einzigen Menschen
verschwendet wird, welcher entweder für das Wohl des Gemein-
wefens nur schädlich, im besten Falle vollkommen unnütz ist!

Und ähnliche Zustände herrschen in allen heutigen Staaten —
in manchen noch ärger. Der König von Württemberg erhält
jährlich 1 Million, der von Bayern 2,350,000, der österreichische
Kaiser 10 Millionen Gulden, die Königin von England 8,658,480
Mark, der Zar 8,866,599 Rubel. Die sechs höchstdotirten euro-
päischen Potentaten verschwenden zusammen an einem Tage so
viel Geld, als 500 Arbeiterfamilien das ganze Jahr über zum
Leben brauchen.

Der verstorbene Pariser Bankier Rothschild hinterließ nach
Angabe des Fürsten Bismarck über 500 Millionen Thaler,
sein Vetter in Wien einige Hundert Millionen Gulden (die An-
gaben schwanken zwischen 220, 300 und 500 Millionen); über
den sabelhaften Reichthum der Londoner Rothschild ist noch in
den letzten Jahren bei großen Finanzoperationen und mit orien-
talischen Luxus gefeierten Familienfesten öfter in der Presse be-
richtet worden. Als Frankreich vor einem Lustrum in einer ein-
zigen Anleihe zu nicht ungunstigen Bedingungen einige Milliarden
Francs zu beschaffen vermochte, um seine Kriegsschuld an das
deutsche Reich zu bezahlen, da erregte dieser Kredit eines reichen
Großstaates das Staunen der Welt. Das internationale
„Haus“ Rothschild kommandirt nach mäßiger Schätzung allein
über die gleiche Summe von Milliarden Francs, aber die
gleiche Summe also, mit der es den ganzen Grundbesitz manches
europäischen Königreichs aufkaufen könnte. Muß es nicht ein
geradezu wahnsinniger Zustand der wirtschaftlichen Verhält-
nisse sein, der es einer einzigen Familie möglich macht, binnen
rund 70 Jahren einige Tausend Millionen Mark zu
„verdienen“?

Und der immense Reichthum dieser Vörsenfürsten sieht nicht
vereinzelt da. In New-York schätzt man den Vermögenszuwachs,
welcher einzelnen dortigen Großkapitalisten durch die Erfolge des
Geschäftsjahres 1879 zu Theil geworden ist, auf folgende kolos-
sale Summen: für die Vanderbilt 30 Millionen Dollar, für Jay
Gould 15, für Russel Sage 10, ebenso viel für Sidney Dillon,
für James R. Keene 8, für Drexel Morgan u. Co. 2 Millionen
Dollars u. Dies macht zusammen im Ganzen für etwa zehn
bis zwölf Firmen ein Geschäftsprofit in einem
einzigem Jahre von 80 Millionen Dollars.
In einer einzigen Straße New-Yorks, der fünften Avenue,
wohnt der reichsten der Welt, wohnen nicht weniger als
16 vielfache Millionäre, deren Jahreseinkommen sich folgender-
maßen stellt: Rhinlander 3 Millionen Dollars, Marshall
D'Roberts 5 Mill., Moses Taylor 5 Mill., August Belmont
8 Mill., Rob. L. und A. Stewart 5 Mill., Frau Varau Stevens
2 Mill., Amos A. Cno 5 Mill., J. und W. Astor 60 Mill.,
Frau A. T. Stewart 50 Mill., Pierre Lorillard 3 Mill., James
Kernochan 2 Mill., Vanderbilt 75 Mill., Frau Calvert Jones
mit 2, James Gordon Bennett 4 Mill., Fred. Stevens 10, Lewis
Lorillard mit 1 Mill. — im Ganzen Jahreseinkommen
dieser 16 Personen verbrauchen demnach allein eben so
viel als eine Million siebenhundert siebenzehn
tausend deutsche Arbeiterfamilien!!

Wenn schwindelt nicht vor solchen Zahlen und wer glaubt sich
angefächelt solcher Thatfachen nicht eher in einem Karrenhaus,
denn in der realen „besten Welt“?

Organisiert Euch!

Schon in unserer letzten Nummer meldeten wir zahlreiche Hausdurchsuchungen in verschiedenen Städten Deutschlands nach dem „Sozialdemokrat“. Seitdem sind uns noch zahlreiche gleiche Meldungen aus allen Theilen Deutschlands (aus Dortmund, Eibfeld, Harburg, Rastatt, Kall bei Köln, Großenhain u. c.) zugegangen und stellt sich heraus, daß es sich keineswegs um lokale oder territoriale Maßregeln, sondern um eine wohlberednete und organisierte Kazzia der Reichspolizei handelt.

Die Ausführung dieses Kesseltreibens entsprach ganz den schuftigen Gewohnheiten der Bismarckischen Schergenbande. Die Post in Mühlhausen im Elsaß, zweifellos durch einen erbrochenen Brief auf die Spur geleitet, meldete nach Berlin, daß dort eine große Anzahl in Briefform gehender, d. h. in Kowerts verschlossener Nummern des „Sozialdemokrat“ aufgegeben worden seien und berichtete zugleich die Adressen der verdächtig erscheinenden Briefe. Hierauf erging an die Polizeibehörden aller betreffenden Orte, vielleicht sogar an die aller Städte, wo es bekannte Sozialdemokraten gibt, der Befehl, auf den Postämtern nach den abgesehenen Briefen zu fahnden und aufs schärfste Hausdurchsuchung bei allen als Abonnenten oder Verbreiter des „Sozialdemokrat“ verdächtigen Parteilgenossen zu halten. Und zwar wurde bei beiden Maßregeln aufs brutalste und geschloßteste vorgegangen. Auf der Post wurden hunderte von Briefen konfisziert, d. h. gestohlen und erbrochen, und bei den Hausdurchsuchungen erbrach man verschiedentlich in Abwesenheit der Einwohner kurzer Hand Türen und Schränke und stahl jedes nach Sozialdemokratie riechende Blatt Papier.

Trotzdem ist das Resultat, soweit uns bekannt, so gut wie Null; von einer eingeseitigen Untersuchung wird uns aus Dortmund berichtet und auch hierüber ist noch gar nichts Sicheres bekannt. Die deutsche Reichspolizei hat sich demnach blamirt und der kreisende Berg vielleicht nicht einmal ein armseliges Mäuslein geboren; der Zusammenhalt der Partei wie der Verkehr der Genossen mit dem Parteiorgan hat nirgends wesentlichen Schaden gelitten.

Bei der Genugthuung hierüber und der Freude darüber, daß die deutsche Regierung, so oft sie mit Aufbietung der gewaltigsten Kraftmittel gegen die deutsche Sozialdemokratie zu Felde zieht, nur ihre Ohnmacht letzterer gegenüber zeigt, dürfen wir es aber nicht bewenden lassen. Wir müssen vielmehr darnach trachten, uns so zu organisieren, daß die Macht der Regierung gegen unsere Partei sich noch ohnmächtiger als bisher erweist.

Wir zielen hier auf die Organisirung eines sicheren Korrespondenzverkehrs unter den Parteilgenossen überhaupt und mit dem „Sozialdemokrat“ insbesondere ab. Die deutsche Postanstalt bietet eine solche Sicherheit in keiner Weise, denn sie ist unter dem Einfluß des Sozialistengesetzes zu einem wohlorganisierten, offenkundigen Diebstahlsinstitut geworden, bei dem insbesondere nicht ein sozialistischer Brief mehr sicher ist. Es bleibt uns demnach nichts anderes übrig, als selbst eine Post, sozusagen eine sozialistische Parteipost zu organisieren. Die Anfänge einer solchen sind bereits vorhanden und wenn unsere deutschen Genossen ihr Parteiorgan im großen Ganzen so regelmäßig, als unter den gegenwärtigen erschwerten Verhältnissen möglich, erhalten haben, so haben sie und wir es ganz allein eben diesen Anfängen einer eigenen Parteipost zu verdanken.

Eben deshalb, weil sich einerseits diese Anfänge so gut bewährt haben, andererseits aber eine noch weit sicherere Verbindung als bisher eine absolute Nothwendigkeit ist, müssen wir auf den vorhandenen Fundamenten fortbauen. Wir sind hier natürlich nicht im Stande, ausführliche Verfassungsmassregeln zu ertheilen, sondern müssen die Genossen auf Anfragen bei sicheren Adressen (deren Erlangung jedem bewährten und erfahrenen Genossen un schwer sein wird) verweisen. Nur soviel sei gesagt, daß es ein förmliches Voten- oder Feldjäger-System zu schaffen oder vielmehr weiter auszubauen und zu vervollkommen gilt. Von der Grenze an (die natürlich nicht immer die Schweizergrenze sein muß) müssen die „Sozialdemokrat“-Sendungen bis zu ihrem Bestimmungsort durch persönliche Bestellung von Hand zu Hand wandern, so daß dieselben der Post nur äußerst selten und dann natürlich nur maskirt in die Hände kommen. Ferner muß der Verkehr mit uns mehr konzentriert werden. Wenn wir mit dreitausend deutschen Genossen in Einzelverbindung stehen, so ist die Möglichkeit der Entdeckung eine weit größere, wie wenn wir nur mit 150 Sammelstellen in Verbindung stehen. Mit der nöthigen Vorsicht (und unsererseits wird dieselbe unbedingt geübt) ist die letztere Verbindung so gut wie absolut sicher.

Wägen sich die Genossen deshalb allerwärts unverzüglich an die Arbeit machen; wenn nur der rechte Eifer vorhanden ist, wird der Erfolg nicht fehlen. Wo es aber gilt, unseren Feinden

einen Streich zu spielen und ihre Pläne gegen uns zu durchkreuzen, da bleibt kein echter Sozialdemokrat zurück! Darum noch einmal:

Organisiert Euch!

Prozeß Radow-Krahnsdöver.

Leipzig, 8. Februar. Es war schon früher Taktik der gegenwärtigen Presse, Differenzen, die zwischen einzelnen Sozialisten vorkommen, geflissentlich zu vergrößern und in ein gehässiges Licht zu stellen, in der Hoffnung, damit Mißtrauen und Spaltung in die Parteikreise zu werfen.

Neuerdings hat sich diese Taktik mehrfach wiederholt. Die sozialistenfeindliche Presse hofft, jetzt eine Spaltung mit um so größerem Erfolg herbeiführen zu können, da durch das Ausnahmegesetz die Parteipresse und das Versammlungsrecht in Deutschland unterdrückt sind und es damit unmöglich gemacht wurde, Angriffe und Verdächtigungen zurückzuweisen und die gegnerische Taktik gebührend an den Pranger zu stellen. Um so mehr muß es sich jeder Parteilgenosse zur Pflicht machen, im Kreise der Gesinnungsgenossen der Verbreitung gehässiger Darstellungen entgegenzuwirken und, wo er selbst nicht genügend unterrichtet ist, durch Anfrage bei solchen Genossen, von denen er weiß, daß sie besser unterrichtet sind als er, sich Aufklärung zu verschaffen. So lange die sozialistische Partei besteht, hat es keine Zeitsperiode gegeben, in welcher das Gefühl der Solidarität Aller so nothwendig gewesen ist, wie gegenwärtig. Wird dieses Gefühl abgeschwächt, oder wird es dadurch untergraben, daß Einzelne, sei es aus persönlicher Gehässigkeit gegen Diefen und Jenen, oder aus angeborener Klatsch- und Händelsucht, sich zum Mundstück perfider Anklagen hergeben, so hört die Partei auf, zu sein, was sie ist, sie wird eine Klique, von der sich schließlich Die, welche es ehrlich mit der Sache meinen, aus Ekel zurückziehen, wohingegen die unfruchtbaren und unfähigen Standalmacher das Feld behaupten.

Wie es in jeder Partei Leute gibt, die Alles kritisieren, selbst aber die geborene Impotenz sind und Alles ruinieren, was sie in die Hände nehmen, so hat solche auch die sozialdemokratische aufzuweisen. So lange die Partei noch öffentlich wirken konnte, war es eine kleine Mähe, diese ewig Standalmächtigen, denen das Herunterreißen gerade so zur zweiten Natur geworden war, wie dem Opiumtrinker der tägliche Rausch, in die Schranken zu verweisen. Heute ist es schwerer geworden, die Intriguen dieser Art von Parteilgenossen genauer zu kontrollieren und ihrem Treiben immer nachdrücklich und rechtzeitig entgegenzutreten. Hier tritt also die Pflicht an Jeden heran, der die Sache über die Person zu sehen weiß, wo er ein die Partei schädigendes Wirken entdeckt, nachdrücklich sein Veto einzulegen.

Ein besonders beliebter Gegenstand der Angriffe und Nörgeleien waren von jeher die Parteibeamten; Jeder glaubte das Recht zu haben, an ihnen seine Kritik in der rückwärtslosesten Weise üben zu dürfen, man machte häufig Ansprüche, welche die Kräfte eines Menschen weit überstiegen und tadelte heftig, wenn die Ansprüche nicht befriedigt wurden. So sollte z. B. ein sozialdemokratischer Redakteur neben seiner redaktionellen Thätigkeit Agitator, wödmöglich Reichstagsabgeordneter, Rathgeber in hunderterten von Privatangelegenheiten, Verfasser von Beschwerdeschriften, Korrektor seines Blattes u. s. w. sein, so daß man wohl sagen durfte, ein Parteilgenosse, der in einer öffentlichen Stellung gewissenhaft allen Ansprüchen nachkommen wollte, war nicht ein Führer, sondern ein Sklave der Partei. Und dabei gab es doch immer noch Einzelne, die aus Neid, Mißgunst oder angeborener Nörgelesucht Mißtrauen und Zank säten.

Es fällt mir nicht ein, zu behaupten, daß alle Parteibeamten die übernommenen Pflichten stets gewissenhaft erfüllt hätten, es gab bei Manchem viel zu tadeln und bei Manchem ist Nachsicht vielleicht über Gebühr geübt worden. Dester ist man aber auch im Tadel zu weit gegangen und hat besonders die Unzufriedenheit derjenigen Genossen zu erwecken gesucht, die in Folge ihrer unglücklichen sozialen Stellung bei schwerer Arbeit und langer Arbeitszeit niedrigen Lohn empfangen. Man vergaß, daß es nicht Zweck und Streben der Partei war und nicht sein kann, das höhere Einkommen auf das Niveau des Niederen herabzudrücken, sondern umgekehrt das Niedere emporzuheben, Allen die Befriedigung höherer Kulturbedürfnisse zugänglich zu machen.

Einer der Haupteinwände der Gegner gegen die Parteibestrebungen war und ist: „Die Partei wolle Alle zu Proletariern machen, sie hasse Jeden, der eine höhere Lebensstellung einnähme und sie sei dadurch ein Feind der Kultur“.

Jene, die aus Beschränktheit oder Gehässigkeit es liebten, die absprechenden Vergleiche zwischen dem Einkommen eines schlecht bezahlten Arbeiters und seiner Arbeitszeit und dem Einkommen

eines Parteibeamten zu ziehen, haben unbewußt dieser parteifeindlichen Auffassung Vorschub geleistet und manchmal mehr zur Schädigung der Parteibestrebungen beigetragen, als alle auch noch so tadelnswerthen Handlungen der von ihnen Angeklagten.

Heute, wo die Neigung zu Klatsch und Schmähereien ganz unwillkürlich wächst, weil dem Thätigkeitstrieb ein zu enges Feld geblieben ist und leichtfertig ausgesprochene Behauptungen durch das Weitertragen von Mund zu Mund leicht ins Wahre verkehrt und vergrößert werden, erscheint es mir als erste Pflicht der großen Zahl vernünftiger und einsichtiger Parteilgenossen, den Klatschbasen und Rügeln von Profession das Handwerk gründlich zu legen, und wo Leute sich finden, die ohne Aufschwärzung Anderer nicht leben können, diese gesellschaftlich zu ächten und jeden Verkehr mit ihnen abzubrechen; andererseits dafür zu sorgen, daß, wo der Partei nachtheilige Gerüchte entstehen, ihr Ursprung und ihr wahres Wesen gründlich untersucht und mitgetheilt wird.

Man wird fragen: wie und warum ich zu diesen Ausführungen komme. Ich antworte: weil ich hier und da — und auch im letzten Jahr — allerlei Erfahrungen in dieser Richtung gemacht, die ein offenes Aussprechen mir sehr wünschenswerth erscheinen lassen. Ganz speziell war die Veranlassung hierzu der Prozeß Radow-Krahnsdöver in Hamburg, der jetzt dazu dient in der gehässigen Weise Seitens der gegnerischen Presse ausgebeutet zu werden. Die Krakehler, welche die Sache vor Gericht trieben, werden sich darüber freuen; was liegt ihnen an der Partei, wenn nur ihre persönliche Rachsucht dadurch Befriedigung erlangt.

Da dieser Prozeß in Folge der Art seiner Darstellung durch die Gegner in weiteren Kreisen der Parteilgenossen verschiedene Beurtheilung gefunden hat, so halte ich mich für verpflichtet, hier den Sachverhalt darzulegen und offen mein Urtheil abzugeben.

Allen Parteilgenossen ist noch die Situation erinnerlich, in welcher sich die Partei angesichts des Ausnahmegesetzes befand. Durch die bevorstehenden Maßregeln ihre ganze Existenz zu verlieren befürchten mußten und in Folge ihrer bisherigen Thätigkeit in der Partei fast keine Aussicht hatten, in einer andern Stellung ein Unterkommen zu finden. In einer Parteistellung unmöglich, von den Gegnern wegen der Rolle, die sie in der Bewegung spielten, tief gehaßt, waren sie am schlimmsten daran und gar Mancher davon hat bis heute Noth und Elend in Hülle und Fülle kennen gelernt. Der Hauptschlag trug die Berliner Genossenschaft und die in ihr Angestellten. Kurz vor Erklärung des Belagerungszustandes hasteten auf dem Verleger der „Berliner freien Presse“, Radow, persönlich 7-800 Mark Polizeistrafen, außerdem war derselbe wegen einer am Grabe Dentlers gehaltenen Rede, welche in der „Berliner fr. Pr.“ abgedruckt worden war, zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt. Die sechs Monate waren am 27. November fällig, am 28. November kam der Belagerungszustand und die massenhaften Ausweisungen.

Am 10. Oktober hatte Radow in Voraussicht der Dinge, die da kommen würden, beantragt, daß ihm in seiner Eigenschaft als Verleger der „Berl. fr. Pr.“ Sicherstellung für die auf seine Person lautenden Geldstrafen, sowie für seine Verpflegung im Gefängniß und die Unterstützung seiner Familie gewährt werde. Es sei bemerkt, daß nach allgemeinem Gebrauch die Redakteure während ihrer Haft den vollen Gehalt erhielten, wie dies z. B. auch bei Most geschah. Radow beanspruchte monatlich M. 30 Gefängnisunterstützung, damit ihm die Selbstbeschäftigung ermöglicht sei und 105 M. monatlich für die Familie. Dies machte zusammen für 6 Monate 810 M. Der Vorstand nahm den Antrag an und wurde der Beschluß auf Antrag Kuers dem Aufsichtsrath in Hamburg zur Bestätigung vorgelegt.

Am 15. Oktober gab der Aufsichtsrath dem Beschluß seine Zustimmung und unterzeichneten sämtliche Aufsichtsrathmitglieder, darunter auch unser leider verstorbenen Geib eigenhändig das Protokoll.

Da durch den polizeilicherseits gewaltsam herbeigeführten Schluß und Zusammenbruch der Berliner Genossenschaft Radow stellungslos geworden war, so hätte er, gestützt auf seinen Kontrakt, eine dreimonatliche Gehaltsentschädigung verlangen können. Diese, zusammengenommen mit der Entschädigung für die Haft und die eventuell zu zahlenden Geldstrafen repräsentirten die Summe von über 2000 M.

Da Radow vernünftig genug war einzusehen, daß er diese Summe nicht beanspruchen dürfe, so erklärte er, wenn man durch Deponirung von Geldern ihn, resp. seine Familie für die Zeit der Haft und gegen die Polizeistrafen nicht sichern könne, so solle man ihm eine Pauschsumme von 530 M. auszahlen, wo er dann sehen werde, wo er bleibe.

Das war ein so billiges Abkommen, daß die leitenden Personen verpflichtet waren, darauf einzugehen. Nach erfolgter Proklamirung des Belagerungszustandes wurde alsdann zwischen dem

Feuilleton.

Ein Vorkämpfer der sozialistischen Idee.

(Schluß).

„Als Kind gibt man uns ein Buch in die Hände, das die Bibel heißt. . . Während vieler Jahrhunderte des Elends und der Finsterniß fand diese Geschichte unbedingten Glauben, allein endlich standen Männer auf, welche sie für Fabel und Betrug erkannten. Aber eine zahlreiche Menschenklasse, welche enormen Gewinn aus jener Meinung zog und immer noch zieht, sagte der Menge, wenn sie nicht an die Bibel glaube, werde sie ewiglich verdammt werden, und verbrannte, verhaftete und vergiftete alle vorurtheilsfreien Forscher. Das Christenthum ist jetzt die herrschende Religion und wer dasselbe anzufechten sucht, muß es sich gefallen lassen, daß die öffentliche Meinung Mörder und Verräther ihm vorzieht.“

Seinen Abscheu vor Despotismus und Lüge drückt Shelley auf das Kräftigste in dem Gedicht „Laster und Lüge“ aus, von dem wir einige Strophen, stark gekürzt, wiedergeben:

„Als Fürsten lachten auf den Thronen
Des Reichens barbarer Nationen,
Und an dem reichen Gut sich legten,
Das Völkervlut und Thränen neigten,
Den Thronen, auf Gebirn erbaut,

Wo stier und bleich der Hunger schaut,
Wo Sklaverei die Geißel schwingt,
Gerüthet von dem Blut der Brüder,
Wo in das Sterbenswimmern klingt
Das Jauchzen toller Siegeslieder —
Da standen auf dem Unglücksland
Einst Lüg' und Laster Hand in Hand.

Beide rühmen sich nun weitestend, diese schändlichen Zustände herbeigeführt zu haben und halten folgendes Zwiegespräch:

Die Lüge:

Ich brachte der Erde die Religion,
Sie erschlug die Vernunft in der Wiege schon
Und sandt' ihre wilden Bluthunde hervor,
Sie schredten aus Träumen des Worts empor
Und ädien auf Erden ihr Werk der Wuth
Bei ihres giftigen Auges Wuth;
Es bestedte der Fackeln gräßlicher Dufte,
Genährt vom menschlichen Fett, die Lust!
Und Flüche, Wimmern und Wehgeschöhn
Erschallen im klagenden Schmerzgetön.

Das Laster:

Und häu' ich geraftet thatenlos
In meiner widrigen Höhle Schooß
Und den Himmelsköhnen niemals eben
Gold, Königthum und Mord gegeben,

So hättest du Lüge dein Spiel verloren.
Aus Wüth ich die Sonne auf meiner Bahn,
In dem Blutdampf auf dem Schlachtenplan:
Mord, Hunger, Gewalt und Höllenschlich,
Die legten in jener Stunde sich,
Der prassende Schuft auf dem Throne dort
Befahl den blutigen Völkermord.

Die Lüge:

Gut Schwester, unser ist die Welt.
Was der Zwingherr träumt, was den Feigling schredt,
Das Eis, das Priester-Herzen deckt,
Des Höflings Lächeln, des Richters Trän
Sind die großen Ziele, den' wir uns weihn!

Ebenso wie dieses wird auch das herrliche Gedicht: „An Englands Männer!“ den Leser begeistern:

Männer Englands! Was befehlt:
Euren Zwingherrn ihr das Feld?
Warum webet eure Hand
Der Tyrannen Prachtgewand? u. s. w.

Diese fargen Proben zeigen schon hinlänglich, daß Shelley ein echter Volks-, ein echter Freiheitsdichter ist. Wägen sie dazu beitragen, das herrliche Buch in jeder Arbeiterhütte einzubürgern und Begeisterung und Hingebung zu verbreiten für des Volkes heilige Sache!

Vorstand und den Vertretern des Ausschusses (Frische, Eck und einem dritten Berliner Genossen) vereinbart, sämtlichen Beamten das Monatsgehalt per Dezember auszusahlen und erhielten dasselbe Kuer, Radow, Bamberger, Schnabel, Faktor Lange. Radow hatte inkl. der erwähnten 530 M. etwas über 700 M. erhalten und verließ am 29. November Abends, nachdem er sich den Part geschoren, um den polizeilichen Häusern zu entgehen, Berlin und ging nach England.

Hat die Partei Ursache diese Handlungsweise Radows zu beklagen oder zu verurteilen? Ich sage ganz entschieden: Nein! War Radow genötigt, das Gefängnis anzutreten, so waren die Genossen verpflichtet, für ihn und seine Familie einzutreten, dasselbe hätte in Bezug auf die Geldstrafen geschehen müssen, die, wenn sie nicht bezahlt wurden, in Monate lange Haftstrafen umgewandelt wurden, während welcher Zeit Radow abermals unterstügt werden mußte. Und war er endlich nach vielen Monaten frei, so trat weiter die Sorge der Unterstützung an uns heran, bis er wieder Existenz fand.

Radow hat, indem er handelte wie er gethan, der Partei keinen Schaden gethan, sondern einen Dienst erwiesen. Wer es weiß, wie unendlich schwer es fällt, in dieser Zeit der allgemeinen Arbeitslosigkeit ein halbwegs leichliches Unterkommen für die Ausgewiesenen zu finden, ist froh, daß diese Sorge nicht noch vergrößert wurde. Es sind ausgewiesene Genossen vorhanden, die in den fünfviertel Jahren für sich und ihre Familie mindestens dieselbe Summe gelostet haben, die Radow empfing. Ich bedauere nur, daß die Genossen nicht vermochten, jedem der Ausgewiesenen, der keine Existenz fand, eine gleich große Summe auf einmal zu geben. Beide Theile, die Gebenden und die Empfangenden, hätten sich besser dabei gestanden.

Wie Radow verdächtigt wurde, so ist es auch Kuer ergangen. Letzterer sollte sich seinen Monatsgehalt doppelt haben bezahlen lassen. Wie lag hier die Sache? Kuer war ausgewiesen und sollte Ende November Berlin verlassen; wie oben mitgeteilt, wurde ihm der Gehalt für Dezember ausbezahlt und zwar im Betrag von 162 M. Er fuhr nach Hamburg und fand dort für einen Gehalt von 150 M. monatlich Unterkommen. Daß nun Kuer diesen Gehalt von 150 M. auch noch nahm, wird ihm Seitens der Ehrabschneider als Vergehen angerechnet. Was es dies wirklich? Ich sage wiederum: Nein. Kuer mußte, um seine Möbel von Berlin loszubekommen, 75 M. für das Logis opfern, er hatte für sich und seine Frau die Reise und für seine Möbel die Transportkosten zu bezahlen. Was ist ihm denn da wohl von den 165 M. übrig geblieben? Nichts. Das Fazit war, daß er das Unbehagen der Ausweisung und des Umzugs und 15 M. monatlich geringeres Einkommen hatte.

Das ist der wahre Sachverhalt. Und diesen Sachverhalt hat die liberale Presse, die schweigt, wenn das Volk durch seine Ausbeuter um Millionen bestohlen wird, ja die Diebe noch lobt und als Volkswohltäter preist, in schwere Missethat umzuwandeln versucht.

Das traurigste und beschämendste für uns ist aber, daß es Parteigenossen waren, die diesen ganzen Skandal hervorgerufen haben, die unseren Feinden die Gelegenheit gaben, das Gift der Lüge und der Verleumdung auszustreuen, zu einer Zeit, wo die Partei wehr- und waffenlos ist und die Büben nicht nach Gebühr zu züchtigen vermag. Hervorheben muß ich noch, daß es eine Lüge der gegnerischen Presse war, wenn behauptet wurde, Radow's Geld rühre von den 1000 M. her, welche die Hamburger Genossenschaft zur Deckung eines kurz vor Unterdrückung der Genossenschaft präsentierten Wechsels hergab. Das Geld ist für diesen Zweck wirklich verwendet worden, und es ist nur der großen Opferwilligkeit einiger Genossen zu danken, wenn die Berliner Genossenschaft nicht zum Konkurs getrieben und damit viel Elend über eine große Reihe von Familien gebracht wurde.

Die Berichte der gegnerischen Hamburger Blätter sind übrigens sämtlich so wahrheitsgemäß objektiv gehalten, daß es unbegreiflich wäre, wie jene gepöhlten Lügenberichte in der übrigen Presse entstanden sind, wenn nicht die sehr begründete Vermuthung vorläge, daß der Berichterstatler des schamlosen Lügen- und Verleumdungsberichts der Berliner „Post“, der das Signal für die „liberale“ Preskennung gab, aus den Reihen unserer eigenen Genossen in Hamburg inspirirt wurde, die der Haß gegen Kuer zu diesem Vubensstück trieb. Die Krahnstöder und Konsorten haben sich um unsere Feinde wohl verdient gemacht. Wahrlich, wir haben alle Ursache zu rufen: Der Himmel behüte uns vor unseren Freunden, mit unseren Feinden wollen wir selbst fertig werden.

A. Weber.

In Sachen der „Freiheit“.

Von verschiedenen Seiten, welche es mit unserer Partei ehrlich meinen, und zwar sowohl von einzelnen Genossen als von Vereinigungen solcher, wird uns seit längerem das lebhafteste Bedauern über die zwischen dem „Sozialdemokrat“ und der Londoner „Freiheit“ seit einiger Zeit ausgebrochenen Mißhelligkeiten ausgedrückt und an die Redaktion des „Soz.-Dem.“ (gleichwie an die der „Freiheit“) die Aufforderung gerichtet, im Interesse der Sache den Streit einzustellen. Wir können diesen Wunsch selbstverständlich nur vollkommen berechtigt finden; denn auch wir kennen nichts Widerlicheres, als Händereien und Stänkereien in der Partei anzujetteln zur selben Zeit, wo die intensivste Verfolgung die strammste Einigkeit zur Pflicht macht. Aber Wunsch und Aufforderung sind mangels genauerer Kenntniß der Verhältnisse an eine falsche Adresse gerichtet.

Zunächst handelt es sich keineswegs um einen Streit mit der Gesamtheit der Londoner Genossen oder mit der von diesen gegründeten „Freiheit“ an sich. Was wir bis jetzt in dieser Sache zur Abwehr thun mußten und was wir vielleicht noch weiter thun müssen, richtete und richtet sich wesentlich gegen eine einzelne Person, nämlich gegen den augenblicklichen Redakteur der „Freiheit“, Hrn. Joh. Most. Es thut uns leid, daß es gerade Most ist, welchen wir bekämpfen müssen; denn sein Name hatte einst einen guten Klang in der deutschen Sozialdemokratie und er hat für sie viel gekämpft und gelitten. Aber diese Verdienste von früher geben ihm keinen Rechtsittel, sich über Programm, Disziplin und jede Parteipflicht sowie über die Forderungen der Klugheit und Ehrenhaftigkeit nach Belieben hinwegzusetzen und dadurch die

Partei, soweit es in seinen glücklicherweise nicht weit reichenden Kräften liegt, mehr zu schädigen, als er ihr jemals genützt.

Vor etwas mehr als einem Jahr begründeten wadere Genossen in London, nachdem in Deutschland die sozialistische Presse bis auf das letzte ihrer Glieder unterdrückt worden war, die „Freiheit“ als ein freies Organ der deutschen Sozialisten. Dies mit großen Opfern gethan zu haben, die sich seitdem immer vergrößert haben, ist ein Verdienst unserer wadere Londoner Genossen.

Bald zeigte sich aber, daß dieselben die neugeschaffene Waffe des Sozialismus den denkbar unzuverlässigsten Händen anvertraut hatten. Most, dessen neben seinen guten Eigenschaften bekannte Schattenseiten, seine wenig durch Ueberlegung geäußerte Exzentricität und sein eitles Größenwahn schon zur Zeit der öffentlichen Bewegung in Deutschland schwer zu bändigen und unschädlich zu machen waren, befand sich nicht sobald an der Redaktion, als er unter Beiseiteziehung aller Parteipflicht und ohne jede Rücksicht auf das Wohl der Partei seinen Neigungen vollumfänglich die Zügel schießen ließ. Um d-s ihm lästigen Zwanges vernünftiger Ueberlegung und Einordnung in ein planvoll geleitetes Ganze entziehen zu sein, erklärte er in Uebereinstimmung mit der damals noch siegesgewissen preussischen Regierung und Bourgeoisie, also unsern ärztlichen Feinden, die Organisation der deutschen Sozialdemokratie für durch das Sozialistengesetz gebrochen und die Partei für nicht mehr bestehend. So entband sich Most selbst von der Pflicht der Disziplin und übte seine neugewonnene „Freiheit“ von den Fesseln der sozialistischen Partei dadurch praktisch, daß er alsbald anfang, die in Deutschland verbliebenen Genossen und ihre Bestrebungen systematisch zu verächtlichen und zu beschimpfen. Wir wollen hier nicht alle Einzelheiten dieser widerlichen Thätigkeit des ehemaligen verdienten Genossen verfolgen — es würde das auch viel zu weit führen und den Raum eines ganzen Buches fordern; denn die „Freiheit“ ist unter der Redaktion Most's mit Ausnahme einer kurzen Zeit zu Beginn des Blattes weit mehr der Anfeindung und Schädigung der deutschen Sozialdemokratie, als der Bekämpfung ihrer Gegner gewidmet gewesen. Man schlage nur die früheren Nummern des „Soz.-Dem.“ nach oder lasse sich noch besser ein Kompletteemplar der „Freiheit“ kommen und blättere es aufmerksam durch; die Beweise werden sich dort in überwältigender Zahl finden.

Heute haben wir eine neue, unerhörte Schädigung der Partei in der Person eines Parteigenossen durch die Redaktion der „Freiheit“ zu melden. Die Verbittheit Most's gegen die für seinen Exzentricitäten unzugänglichen deutschen Sozialdemokraten und seine parteibekanntes Unüberlegtheit haben ihn die „Freiheit“ bereits wiederholt zu Denunziationen mißbrauchen lassen, welche sicher nicht böswillig beabsichtigt waren, aber doch so wirkten. Mitte September v. J. (die Nummer ist uns augenblicklich nicht zur Hand) meldete eine Korrespondenz in der „Freiheit“ ganz offen: daß Bebel im Frühjahr eine Agitationsreise durch Deutschland unternommen habe! Und doch mußte Most wissen, daß jede Agitation durch das Sozialistengesetz verboten ist und daß demnach seine unstufige Mittheilung Bebel der Polizei als Verfehlern liefern könne — vorausgesetzt nämlich, daß die Mittheilung auf Wahrheit beruhte und sich erweisen ließ. Ein Genosse hielt das Most in persönlicher Unterredung vor und machte ihm Vorwürfe deshalb; worauf Most zugab, daß es eine „Ungeheuerlichkeit“ gewesen sei, welche er auf ein Versehen infolge starker Beschäftigung zurückführte.

Bald darauf aber wiederholte sich das Gleiche in einer gegen unsern Genossen Bahlreich gerichteten Magdeburger Korrespondenz der „Freiheit“ (Nr. 47 vom 22. November). Dieselbe führt nämlich aus: Bahlreich sei auf einer Agitationsreise („Rundreise“) nach Magdeburg gekommen, „behuß Gründung einer großen demokratischen Partei.“ (Nebenbei ist letztere Behauptung, abgesehen von ihrer berechneten Persiflage, einfach schon darum absurd, weil die „große demokratische Partei“ nicht mehr erst der Gründung bedarf, da sie schon längst besteht: in der deutschen Sozialdemokratie). Also abermals eine (wenn auch unbedachtigte) Denunziation an die Polizei und Gerichte wegen Zuwiderhandlung gegen das Sozialistengesetz.

Das Allergrößte aber leistete Most in der Nr. 4 der „Freiheit“ vom 24. Januar. Bebel und Bahlreich konnten auf Grund der erwähnten Artikel in Untersuchung gezogen werden; aber man mußte doch Beweise gegen sie beibringen, sie konnten nimmermehr dem ordentlichen Gerichtsverfahren entzogen werden. Anders in dem neuesten Fall, in welchem Most durch seine unqualifizirbare „Ungeheuerlichkeit“ einen Genossen denunziert hat, zu dessen Verurteilung und Schädigung die Behörde gar keines langen Untersuchungs- und Beweisganges und keinerlei juristischer Formalitäten bedarf, und der somit der brutalen Faust der Polizei rettungslos überliefert wurde. In der bezeichneten Nummer der „Freiheit“ fand sich nämlich folgender Satz: „Aus Berlin werden ferner folgende kleine Nachrichten vermerkt: ... Kürzlich hat die Post eine Kiste von „Sozialdemokraten“, welche an den Apotheker Vogel adressirt war, an die Polizei ausgeliefert ...“

In Berlin herrscht bekanntlich der Belagerungsstand, welcher der Polizei das Recht gibt, ohne irgend welche Untersuchung, ohne irgend ein Beweisverfahren, ja sogar ohne Angabe irgend eines Grundes jeden „der öffentlichen Sicherheit Gefährlichen“ auszuweisen. Vogel, der ein blühendes Droguengeschäft hat, das durch seine Ausweisung unabwendbar ruiniert werden muß, ohne daß daraus der Partei irgendwelcher Nutzen erwächst, hielt sich deshalb aufs peinlichste von jeder Handlung fern, welche der Polizei einen Anlaß zur Ausweisung hätte liefern können und erzielte dadurch — ohne seine sozialistischen Grundsätze im Geringsten zu verletzen —, daß die Polizei ihm nichts anhaben konnte. Er hat durch uns oder auf unsern Auftrag, wie wir zu beschwören bereit sind, nie einen „Sozialdemokrat“ zur Verbreitung erhalten und beruht demnach die Mittheilung der „Freiheit“, — was ihre Schuld noch vergrößert — auf purer Erfindung!

Aber diese unerhörte leichtfertige Erfindung, welche offenbar lediglich auf einer Kombination auf Grund jüngster Mittheilungen über eine vom Laden Vogels weg verhafteten Arbeiterfrau beruht, genügt — wie es jedem halbwegs Denkfähigen von vornherein klar sein mußte — um Vogel zu ruinieren. Vortergangenen

Donnerstag wurde bei ihm Hausdurchsuchung vorgenommen, auch wurde er an demselben Tage verhaftet, nach einigen Stunden aber wieder entlassen, weil bei ihm nichts Verdächtiges gefunden worden ist. Trotzdem wurde er ausgewiesen und wurde ihm bei seiner polizeilichen Vernehmung mitgeteilt: „daß er diese Maßregel seinen Freunden selbst zu verdanken habe, da Most in seiner „Freiheit“ erwähnt habe, daß eine von Zürich aus an Vogel adressirte Kiste mit „Sozialdemokraten“ von der Polizei beschlagnahmt worden war.“ — Wenn es Vogel nicht gelingt, schnell einen passenden Käufer zu finden (was jetzt bekanntlich nicht leicht ist), so ist sein ganzes Geschäft dem Ruin preisgegeben.

Und das hat er und haben wir einzig Most zu danken! Soll, kann man zu solchen Dingen schweigen? Wir wiederholen, daß wir Most trotz seiner jetzigen schändlichen Haltung gegen unsere Partei keinen Augenblick eine absichtliche Denunziation zutrauen; aber der Effekt bleibt darum doch der gleiche. In der Politik ist und bleibt es wahr, daß ein Fehler nach Umständen schlimmer als eine Schlechtigkeit ist. Jedenfalls ist ein Mann, dessen geistige Verfassung solche gefährliche, verbrecherische — Kopsiosigkeiten jeden Augenblick besürchten läßt, absolut unfähig zu einer leitenden Rolle in einer politischen Bewegung und vor allem in einer so tiefbedeutenden Bewegung wie es die sozialistische ist. Solche Leute müssen vielmehr unausgeseht streng überwacht werden, wenn nicht selbst ihre besten Absichten mangels Ueberlegung, Beherrschung und Geschick zu schlimmen Resultaten führen sollen. Wenn nun zwar Most selbst nicht zuzumuthen ist, daß er zu dieser Einsicht kommt, so sollten es doch die Londoner Genossen einsehen und ihr Organ anderen Händen anvertrauen, von denen man die Gewißheit hat, daß sie sich nicht nur rüchhaltslos und ohne jede verwerfliche Nebenabsicht im Dienste unserer Partei und ihrer erhabenen Sache rühren, sondern daß sie auch die nöthige Ueberlegung und das nöthige Geschick haben, ohne welche der Redakteur eines sozialistischen Organs namentlich unter den heutigen Umständen mehr Schaden kann, als alle Gewaltmaßregeln unserer Feinde.

Most braucht von uns nicht „ausgestoßen“ zu werden — er hat sich selbst vom Körper der Sozialdemokratie abgetrennt; für uns gehört er zu den Todten, deren Tod wir beklagen können, die aber darum doch nicht mehr lebendig werden. Die „Freiheit“ aber wird uns eine willkommene Mitkämpferin sein und von uns statt Bekämpfung jede Unterstützung erfahren von dem Augenblick an, wo sie sich den Fesseln herrschbegieriger Selbstsucht und verderblicher Exzentricität er>wunden haben und der Absicht ihrer Begründer gemäß ein mit Hingebung und Verständnis geleitetes Organ der sozialdemokratischen Partei geworden sein wird.

Sozialpolitische Rundschau.

Deutschland.

— Aus dem 17. sächs. Wahlkreis, 29. Januar. Wie auch, liebe Genossen, bekannt sein wird, ist in unserem Müllens-Grund ein großer Nothstand unter den Webern vorhanden und ist leider auch gar keine Aussicht, daß es bald besser werde; im Gegentheil, es wird von Tag zu Tag schlimmer. Ueber den erbärmlichen „Verdienst“ unserer Weber wird gegenwärtig in deutschen wie in auswärtigen Blättern viel geschrieben und vor allem hat sich auch der „Sozialdemokrat“ mit unserer traurigen Lage schon beschäftigt; aber doch müssen wir noch Einiges nachtragen, was unsere schredliche Lage im düstersten Licht zeigen wird. Ein hiesiger Weber „verdient“ nämlich gegenwärtig, wenn er nämlich täglich 14 Stunden arbeitet, per Woche 4 höchstens 5 Mark, d. h. nur wenn er vollständig Arbeit hat, was nur allzuhäufig gar nicht der Fall ist. Aber auch dieser Hungerlohn bleibt ihm nicht einmal. Denn von ihm geht noch Treiben, Spulen und Scheeren ab, was nun natürlich immer die Frau und die Kinder besorgen müssen, die ebenfalls zu zweien die ganze Woche vollständig zu thun haben. Von diesen 5 Mark soll nun der ganze Haushalt bestritten werden, wobei oft noch 4, 5, 6, 7 und 8 Kinder zu erhalten sind. Ihr werdet nun fragen: wie ist es da möglich auszukommen? Ja, da heißt es ganz einfach: du mußt hungern! Nun werden zwar freiwillige Gaben verabreicht, aber die geben für so viele nicht aus und außerdem bekommen davon bloß solche, die noch etwas beten können, aber Sozialdemokraten werden immer hintennur gepiffen. Jedoch wir wollen uns das auch gerne gefallen lassen, damit wir immer ungebunden durch Pflichten gegen unsere Widersacher auf dem Kampfplatz erscheinen können. Und in dieser Lage stehen wir jetzt wieder, indem wir wieder in eine Reichstagswahl einzutreten haben. Damit wir das aber mit vollen Kräften und vollem Erfolg thun können, brauchen wir materielle Unterstützung von unseren Genossen, die wenn auch in der Mehrzahl unter dem Druck der Verhältnisse leidend, doch in der Mehrzahl noch in einer besseren Lage sind als wir. Von einer Beschaffung der Wahlkosten kann natürlich gar keine Rede sein. Darum wenden wir uns an euch, daß ihr uns unterstützt; dann können wir auch wieder frisch und fröhlich für unsere neuen Kandidaten Kuer agitieren, denn der 17. Wahlkreis muß unser bleiben! Unsere Gegner werden freilich vor keinem Mittel zurückzusehen und auch einen Schurkenstreich nicht verschmähen; aber wir werden wachsam sein, auf daß es ihnen nicht gelingt und die Sache der Sozialdemokratie siegreich bleibe!

Müßten St. Micheln.

Mit sozialdemokratischem Gruß

C. M., F. L.

17. Zwickau, 1. Februar. Am 28. Januar hatte die hiesige Polizeimannschaft einen Tag saurer Arbeit, denn es war von Oben herab der Befehl erteilt, bei allen Personen, welche der Polizei als Sozialdemokraten bekannt sind, eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Der Grund zu diesem Befehl war, daß der Polizei zur Kenntniß gekommen war, daß von unbekanntem Handen eine große Anzahl unserer verbotensten Parteiorgane „Sozialdemokrat“ vertheilt wurde, von denen auch den Staatsanwaltern einige in die Hände fielen; ferner sollte vor Weihnachten in den hiesigen Verkleidern eine „geheime Versammlung“, bei welcher die „Führer“ Bebel und Dietrichweit anwesend gewesen, stattgefunden haben.

Es jogen nun am genannten Tage Vormittags je zwei und zwei die Beamten mit der Orde, alles gründlich zu durchstöbern und was irgend verdächtig mitzubringen, in die Wohnungen der hiesigen Sozialisten. Zur Ehre der Wohnungsdurchsucher sei es gesagt, daß sie ihre Schandthat vollumfänglich gethan haben, denn es wurden nicht nur alle Kisten und Kisten

An die Redaktion des „Sozialdemokrat“ in Zürich.

Die Unterzeichneten ersuchen Sie, nachstehenden Protest in Ihrer nächsten Nummer aufzunehmen; er stimmt genau mit dem Original überein, welches wir der Redaktion der „Freiheit“ übermittelt haben. London, den 2. Februar 1880.

Protest.

An das Zentral-Komitee des Kommunistischen Arbeiterbildungs-Verein London.

Wir, die Unterzeichneten, erheben hiermit energischen Protest gegen die Aufnahme des französischen Briefes, unterzeichnet von einem ehemaligen Kommunistenmitglied, in Nr. 52 der „Freiheit“ vom 24. Dezember 1879, seitens der Redaktion obenbenannten Blattes, aus welchem klar und deutlich hervorgeht, die ganze deutsche Sozialdemokratie sei mit dem beiden Attentätern Hödel und Kobiling identisch, wogegen sich kurz nach den stattgehabten Attentaten die ganze deutsche sozialistische Presse energisch verwehrt hat.

London, den 24. Januar 1880.

- Schwarzenberg, Ernst Theodor Frlsch, Bogin, G. Winkelmann, Taubert, Daubenspeck, Scowronek, Horn, Krawczynsky, Jordan, Klaus, C. Knorr, R. Breul, Kammann, E. Schieble, F. Köllar, F. Lependeker, J. Busch, W. Ranke, Heyduk, A. Hoffmann, Paul Berlach, W. Hoffmann, A. Schmiedt, A. Reichert, Ernst Friedrich, Fr. Gajlinsky, J. Gugenheim, J. Pleß, Wollant, Lofftogen, Adolf, Kamenz, W. Rube, Blum, Daniel, Kranz, Merkel, Dyberbanski, Voher, Genz, Fritschner, Scholl, Wetke, Bahr, John Piper, R. Port, F. Krausemann, H. Radow, Lem.

Letzte Post.

Berlin, 9. Februar. Gestern hatte sich vor der I. Strafkammer des Landgerichts I ein Beamter einer hiesigen wohlrenommierten Feuer-Versicherungsgesellschaft wegen Verbreitung sozialdemokratischer Schriften zu verantworten. Derselbe war vor einem Monat auf seinem Bureau verhaftet worden, weil er nach eigenem Geständnis 5-700 Exemplare des Züricher „Sozialdemokrat“ an hiesige Genossen verteilt und Sammlungen für die Ausgewiesenen veranstaltet hatte. Der Staatsanwalt beantragte für das erste „Vergehen“ drei Monate, für das zweite sechs Wochen Gefängnis, während der Beschuldigte und sein Verteidiger für das zweite Reat Freisprechung verlangten, da die Veranstaltung einer Sammlung für bedrängte Familien doch nicht als ein Verbrechen gegen das Sozialistengesetz aufgefaßt werden könne. Der Gerichtshof schloß diesen Ausführungen an und verurtheilte den Angeklagten wegen Verbreitung verbotener Schriften zu drei Monaten Gefängnis, von denen ein Monat Untersuchungshaft abgerechnet wird. Der Verurtheilte wurde in Haft gehalten, weil die Richter annahmen, „daß er doch ausgewiesen werde“.

Briefkasten der Expedition.

Dd.: 6 u. 4 folgen, sobald „s. r. b. h.“ x aufgelöst. — — — An: „J. S. A. R. Br.“: Auftrag besorgt. Dank und Bewußt! Alles erhalten. — 2. Kl. — Edm.: Fr. 32. 46 u. Tabelle von D. eingetroffen. Spießjäger! erwart. — Ferdinand: Gln. Kl. 3 u. Wdr. erh. Ste. kreuzten sich. — — — Siehe „Fh. 2.“ Wir können nur dies sicher garantiert liefern, wenn „Heldjäger“ ermannt, der Alles übernimmt. Veranlasse dazu, da neue Direktion steht. — F. G. Br.: Fr. 5 erhalten. Vier hunderte arbeitslos, keine Aussicht für Sie. Weiteres p. P. R. — Gendvo: „Ami des socialistes allemands“: Fr. 2. erhalten. Wird f. A. im Wahlfond quittirt. — Gen. Kl.: Wink erhalten u. besorgt. Weiteres erwartet. — D. — 3. Kl. 3 erhalten. An Fr. — rr. Alles abgehandelt. Werden schon Luft schaffen. Erfolg folgt bei. — C. A. Pot: Besten Dank. Alles scheint ungegrußt ausgefallen. Schöne Gegend! — A. B. Paris: Im Briefkasten sollten wir Bescheid geben? Wenn man aber alle die Blätter durchaus nicht erhalten? — dann — doppelte Niederlichkeit der Expedition? Aber lieber Freund, warum sollten wir 1/2 Hundert Wd. verbummeln? Das wäre wirklich „geistreich“ lieber! Kann denn „deutsches Spieß“ keinen Schwanz oder franz. Bruder haben? Kaufstet schon am 31./1. abgegangen. Werden ihn wohl vorgelegt bekommen und somit müssen wir „Niederlichkeit“ dankend ablehnen, falls Postkarte auch den Weg von 4 u. 5 nehmen sollte. Befestigung, Porto, Ersatzlieferung und Ersatzporto „für die Kage“ zu leisten, dazu fehlt ein appiges Budget, die nötige Bewissenlosigkeit und Würdigkeit. Gruß und Hand darauf! — An. Anselmus: W. v. 4./1. hier. „Stiebers Verdruß“ mit 6 abgereicht. Radlieferung der „20“ dazu. Unsere Versicherung hoffen froh zu den Wätern versammelt. Miserables Kesselfetter, deshalb „Kesselfetter“ nötig. — Bänder: Post in Ordnung u. beachtet. 12 Italiener besorgt, ebenso „gelbe Henne“ nebst dem Carigen. — D. 3. Wien: Verf. schon an alte Firma erfolgt, trotzdem haben „6“ an neue abgehandelt. — C. S. — ein. Was! Also auch „Spießjäger“? Haben Eure beiden Portionen in Wg. serviren lassen, was auch das Weitere zu finden sein wird. Einverstanden? — A. W. Lbda. Kl. 8. hier, das Schrage ab „1“ hoffentlich dort. An — gge. Alles prompt gesandt, scheint eben so prompt geköhnt. Feinlammer doch! Werden wohl Wenig an die „bekannte Stelle“ freichen müssen, doch „ihnen“ das Schicksal entscheiden. — A. A. — bry. Die „Angoden“ geschneppst? Waren aber auch schwachhaft. Sollen nicht zu kurz kommen, wie Sie mit „6“ gefunden haben. — Fr. K. Kl. 6 auf den letzten gepunktet. Alles um Neues wohl versorgt. Die „150“ werden mit der großen Armee einrücken, sobald Rottenburg vollends „entsezt“ ist. — Kaufper Rothhaus: Zum Drittenmal hat der Fuchs den Löwen besetzt. Unsere 3 Neuen stehen im Wagnis unter Dir! — W. Offm., Vdn: Noch nicht Alles bereit, viel Arbeit, also einige Zeit unbedingt gedulden. — Spießkundschaft in Berl. W., 3: — Wenn noch Was für Euch auf redlichem Wege übrig bleibt, werden uns das Vergnügen machen, anzuwarten. Erst kommen die Neuen dran. Gute Unterhaltung indes! — B. S. 13 Hg. erhalten. Wdr. notirt. 4 abgeg. Folgt nochmals u. mit 7 „Et. B.“ Fragen aus Leipzig W. beantwortet? Legter, worin Sie dies verlangen, ist der letzte und — enthält keine. Bemerkstein Sie und vielleicht mit der „Lago“? — F. Beauvais: Fr. 5 hier. Alles folgt. — Pole in Berl: D. v. 8. 3 erhalten. Alles in gutem Zustand. 4 folgt nochmals. Neues vorgemerkt. Schst. baldigst Gruß!

Durch uns, sowie durch die Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich ist zu beziehen:

Die Frau und der Sozialismus.

Von August Bebel.

12 Bogen Gross-Oktav. — Preis 2 Fr. = Mk. 1. 50. Expedition des Sozialdemokrat.

habende Gründer und Schwindler in der Anstalt ein flottes Leben führen. Kurz, Lausche lernte eben die Moral unserer Gegner ohne Maske kennen. Gewiß hat er sich nun „gebessert“! Nächstens noch etwas Ausführlicheres darüber.

Z. Augsburg, 30. Januar. Der Fall Ibsen hat hier gerechtes Aufsehen erregt und bei Allen, die noch ein Rechtsgesühl besitzen, ein Pfund der Entrüstung über diese Frankfurter Bütteleckthe hervorgehoben. Solche Fälle brutaler Willkür sind so recht geeignet, dem Volke die Augen zu öffnen und ihm die ganze Erbärmlichkeit unserer Klassenjustiz zu zeigen. Ja, wir haben es herrlich weit gebracht im Reich der „Gottesfurcht und frommen Sitte“: Schurken, wenn sie sich nur in den Reihen der Besessenen befinden, bleiben in Amt und Würden; der arme Teufel, der dem Freunde nicht Heatersdienste leisten will, wandert ins Justizhaus. Zum weiteren Beweis der Wahrheit dieses Satzes diene das Nachfolgende.

Wir haben in Augsburg seit Beginn der 60er Jahre ein „liberales“ Stadtr Regiment, mit dem die frechste Willkür und das schamloseste Protektionswesen seinen Einzug gehalten hat. Jeder Glende, ob ihm auch die Dummheit mit Kapibarisch auf der Stirne steht, kann es hier in städtischen Diensten, wenn er sich nur zu Demunziationen und Spießdiensten gebrauchen läßt, vorwärts bringen. Er kann darauf rechnen, daß es Anerkennung und Remunerationen für ihn regnet. Dagegen wehe dem Beamten, der es magt, eine eigene Meinung zu haben oder gar die Befehle seiner Vorgesetzten vor ihrer Ausführung auf ihren Charakter zu prüfen. Diefem System sind schon viele der fähigsten Gemeindevorstände zum Opfer gefallen, d. h. sie haben es vorgezogen, sich um andere Stellen zu bewerben, weil sie sich nicht zu willkürlichen Werkzeugen machen lassen wollten. Derselbe Terrorismus wird gegenüber Bürgern geübt, die nicht unbedingt in das nationalliberale Horn blasen. Die kleinlichsten Emissionen werden gegen sie gebraucht; was ihr nationalliberaler Nachbar angefordert thun und lassen darf, dafür werden sie exemplarisch bestraft, und erfahren sie sich, solches magistralisches Schreiben öffentlich zu rügen, so werden sie in öffentlicher Magistralstiftung heruntergerissen und dem Spotte und der Verachtung ihrer Mitbürger preisgegeben. Die Seele dieses Systems ist unser erster Bürgermeister Fischer, ein Bismärker vom Schreitel bis zur Sohle, der sich selbst zu den elendesten Denkerdiensten gegen die freisinnigen Bestrebungen unserer Zeit gebrauchen läßt, ein Mensch, dem, wie den Nationalliberalen überhaupt, jedes Scham- und Ehrgefühl abhanden gekommen ist. Daß er den Sozialisten nicht grün ist, beweisen die wiederholt gegen hiesige sozialdemokratische Redner und Redakteure gestellten Strafanträge, wie er denn überhaupt oftmals kein Amt mißbrauchte, indem er in öffentlicher Sitzung Parteipolitik trieb und über die sozialdemokratischen „Führer“ persönlich sich in den gemeinsten Ausdrücken erging. So hatte sich anfangs der 70er Jahre unser Genosse Stollberg durch mehrere Versammlungsreden die Lagnade des Bürgermeisters Fischer zugezogen und ihn so in Harnisch gebracht, daß er Stollberg in öffentlicher Sitzung u. A. einen „nothigen Tropfen“ nannte, „der nicht werth sei, Bürger zu sein“. Diese Ausrufungen wurden uns sofort nach der Sitzung durch einen magistratischen Bediensteten, eine völlig glaubwürdige Person, hinterbracht, und nur der Umstand, daß der Bedienstete und nicht Zeugnishaft leisten konnte, weil er sicher von seinem Posten gejagt worden wäre, hätte den großen Bürgermeister vor strafrechtlicher Verfolgung wegen Beleidigung.

Als Genosse Stollberg vor drei Jahren sich vor dem hiesigen Bezirksgericht wegen unbesugter Annahmung des Adelsititels zu verantworten hatte (Stollberg machte nämlich den Scherz, seine Wirthschaftsannoncen als „Gast“ Stollberg zu unterzeichnen, weil Bürgermeister Fischer ihn in einer anderen Sitzung spottweise so genannt hatte), ließ er den Bürgermeister Fischer als Zeugen vorladen, um durch ihn bekräftigen zu lassen, daß er wiederholt die Bezeichnung des Spottes, und der Hiesigkeit dieses Menschen gewesen sei. Die Leser des „Sozialdemokrat“ werden nun wohl glauben, daß der rechtshändige Bürgermeister Fischer der Wahrheit die Ehre gegeben? Weit gefehlt! Er machte nämlich die eidlische Aussage, daß er sich nie in öffentlicher Sitzung mit Stollberg befaßt habe, ja er hatte sogar noch die Frechheit, zu sagen, Stollberg sei ihm zu unbedeutend, als daß er sich mit ihm befaßt hätte, mit einem Worte: Bürgermeister Fischer sagte vor Gericht auf seinem Eid hin die Unwahrheit! Sie werden nun glauben, daß der Staatsanwalt gegen den Bürgermeister Fischer Untersuchung wegen Meineids beantragt habe? Gott bewahre! Fischer ist kein Sozialdemokrat, er ist ferner ein intimer Freund unseres Justizministers und da hätte sich der betreffende Staatsanwalt die Koppe schon verschneiden, es wäre mit seinem „Streben“ für immer zu Ende gewesen. Aber selbst angenommen, es hätte ein Staatsanwalt sich zu solch kühner That aufgefaßt, so hätten unsere liberalen Bourgeoisgesamtheiten immer noch ein Einsehen gehabt und sich dermal befonnen, ehe sie eine solche „Säule der Ordnung“ verurtheilten. Sie sehen, es ist bei uns, wie ich eingangs meines Artikels gesagt habe: „Schurken bleiben in Amt und Würden, arme Teufel wandern ins Justizhaus!“

Wir nächsten Einiges über unsere hiesigen Parteiverhältnisse. Für heute nur so viel, daß Sie den paar hiesigen Schreibern, die sich in dem Londoner Blatte so gerne für die Gesamtheit aufspielen, oder ausgespielt werden, durchaus gar keine Bedeutung beilegen dürfen. Man muß diesen Leuten einiges Vergnügen gönnen, fustimal dieß die einzige Rolle ist, die sie spielen können. Die Kaffe der hiesigen Genossen steht nach wie vor trocken als bewährter Bonnet!

ps. Nürnberg, 31. Januar. Heute und vorgestern haben hier wieder polizeiliche Hausdurchsuchungen stattgefunden, um den verdammten „Sozialdemokrat“ aufzuklädern. Da sich unter den Behandsakten auch wirklich zwei Abkommen des Sozialdemokrat befanden, so darf wohl mit Recht angenommen werden, daß die Adressen derselben durch einen Postdiebstahl (wahrscheinlich auswärts verübt) vermittelt wurden und dann Requisition an die hiesige Polizei erging. Gefunden wurde nichts weiter, als einige Einzelzettel — fortlaufende Nummern — die zwar widerrechtlicher Weise mitgenommen wurden, die aber natürlich wieder herausgegeben werden müssen. Wäre sich denn diese infamen Briefräuber ihr etles Handwerk auf gar keine Weise legen? Man hat zur Zeit der Maximilianischen Konspiration in Italien besonders gemeinen Spießeln gegenüber, bisweilen ein drohendes Mittel angewendet. Man spielte den betreffenden Kanallien absichtlich Briefe in die Hand, welche mit einem betäubenden Gift parfümirt waren, dessen Duff beim Öffnen dem Polizeistation in seine niedertretliche Nase fleg und seinem verderblichen Treiben ein Ende machte. Es fällt mir nicht ein, ein solches Mittel ebenfalls zu empfehlen; aber wenn die Milch der frommen Denkartstrotz so systematisch und durch die gemeinsten Mittel in gährend Drahtigkeit verdammt wird, wie es gegenwärtig durch das Treiben der deutschen Diktatorenwirthschaft geschieht, dann ist es kein Wunder, wenn Einem dieweilens obsonderliche Gedanken kommen.

ps. Reutlingen, 29. Jan. Zum Kapitel der Briefstieberei. Ein junger Mann, der mit einer jungen Dame in der Schweiz in zarter Verbindung steht, ließ aus verschiedenen und anderen Gründen die Briefe dieser Dame an die Adresse eines bekannten Parteigenossen, oder zur Vorsicht vielmehr an die von dessen Frau gelangten. Inzwischen kam dieser Genosse früher Vertrauensmann der Partei wegen Verbreitung verbotener, vom Zustand bezogener Schriften vor den Gerichtshof zu Tübingen und weiter, obgleich er freigesprochen wurde, sofort auf die rothe Liste. Man aber geschah es, daß vor einiger Zeit wiederum ein Brief mit der Adresse von dessen Frau anlangte und zwar in einem imposanten Amtskouvert mit der Bemerkung: „Mit gänzlich zerrissenem Umschlag angekommen, deshalb unter neue Verhüllung genommen. Königl. Briefpost Reutlingen.“ Die lieben Stieher hatten also diesen Brief, der seinem Gewicht zufolge sehr verdächtig war, an der Grenze angehalten, dem gemeinlich-fürlichen Namen der Frau eines bekannten und sehr bösen Sozialdemokraten daraus gelesen und sodann, nach bekanntem Ritua, so hübsch mit dem Federmeßer aufgeschlitten — wohlverhüllt aufgeschlitten, nicht zerrissen, wie man am Kouvernt noch heute sieht! — daß das Kouvernt in zwei kongruente Theile zerfiel. — Welche Ueberraschung aber, welche Enttäuschung für die Guten als hat eines sozialdemokratischen, kommunistischen, revolutionären, nihilistischen und anarchischen „verbotenen“ Blattes ein — Liebesbrief herausgepickt! — Bei der ganzen Sache bleibt noch zu fragen, welcher Paragraf den Mittern von der Stieberei eigentlich erlaubt, zu öffnen, was an „gemeingefährliche“ Frauen adressirt ist? In Zukunft ist also jedem verheiratheten Sozialdemokraten auch in seiner unpolitischen Korrespondenz die größte Vorsicht zu empfehlen! Diesmal hat sich der infame Dieb ganz gewaltig blamirt und ist mit seiner Stieberei gehörig reingefallen!

durchsucht, die Betten durchwühlt, die Sophas umgehört, an die Wände genohrt, ob dieselben etwa hohl sind u., nein, es wurde sogar der Korb, in welchem ein neugeborenes Kind lag, durchstöbert und nachgesehen, ob man nicht etwa die Kinder schon vom Tage der Geburt an auf revolutionäre Schriften hatte! Aber so weh — alles was vergehen, alle Arbeit umsonst; denn mit Ausnahme zweier Exemplare des „Sozialdemokrat“, welche bei einem Arbeiter vorgefunden wurden (derselbe hatte sie, beiläufig bemerkt, in seinem an der Thür befindlichen Briefkasten gefunden), gingen die Sucher mit leeren oder schumpigen Händen — denn von dem Wächter unterm Dach und im Holzstall hatten auch diese Herren einmal schwarze Finger bekommen — heim. Erwähnt sei noch, daß man diesmal im allgemeinen doch etwas humaner verfuhr, als man es früher bei einem Genossen gethan hat, wo man so zu sagen die ganze Wohnung umstürzte; es mag wohl die deshalb angebrachte Beschwerde die Veranlassung dazu gegeben haben. — Tags nach der Suche erhielten mehrere Freunde eine Vorladung vor das Polizei-Sekretariat, woselbst die schlaunen Leute durch allerlei prüffige Hin- und Her, Kreuz- und Querfragen allerlei zu erforschen suchten. Kamentlich forschte man nach dem Veranlasser der „Versammlung“, den sämmtlichen bei ihr anwesenden Personen und hauptsächlich nach dem Namen eines angeblich anwesenden Steigers. Es konnten sich jedoch nur vier Mann erinnern, daß sie an dem betreffenden Tage mit Bebel und Liebknecht in dem Lokale zu Bier waren und daß dasselbe binnen kurzer Zeit von Gästen gefüllt war, sowie auch einige hungernde Weber aus dem Mühlengrunde zugegen waren. Nachdem überläufiger Weise noch gefragt worden, ob die Geladenen den sozialdemokratischen Tendenzen noch halbigem, worauf die Freunde kurz und gut erklärten, daß sie Sozialisten seien und bleiben, wurden dieselben wieder entlassen. Wenn nun die Behörde wirklich glauben sollte, durch derartige Chikanererei die Bewegung zu hemmen oder ihr gar entgegen zu arbeiten, so ist dieselbe stark im Irrthum, denn man giebt dann nur Del in's Feuer und bringt neues Leben unter die Genossen. Auch ist man bei Hausdurchsuchungen überhaupt beim Erscheinen der Polizei durchaus nicht ängstlich und eingeschüchtert, schon weil wir an derlei längst gewöhnt und darauf längst vorbereitet sind. Ein Beispiel dafür ist, daß ein Freund beim Eintritt der Beamten in seine Wohnung zunächst ein gelendes Hoch auf die Sozialdemokratie ausbrachte und dann die Frage an sie richtete, wo sie nun ihre Arbeit beginnen wollten.

Das 18. sächsische Bataillon ist nicht todt, es steht vielmehr wohlgerüstet zum Kampfe; denn es gilt unsere Freunde in dem Nachbar-Wahlkreis, welche am 2. März eine Wahlklausur zu schlagen haben, zu unterstützen. Und heftiger als je zuvor wird dieser Kampf sein, denn dieser Wahlkreis umfaßt alle Orte, in denen jetzt die Hungernoth herrscht und nicht nur Hunderte sondern Tausende gezwungen sind, eine Unterstützung zum Hinrücken ihres Daseins anzunehmen, und dadurch von der elenden Gewalt ihres Wohlrechts beraubt werden sollen. Schreiber dieses möchte daher an dieser Stelle an alle Genossen weit und breit die dringende Bitte wiederholen, Geldsammlungen zu veranstalten und den Betrag an die bekannten Adressen einzusenden; es ist dies um so nöthiger, als die treubemühten Genossen in diesem Wahlkreis infolge ihrer Armut nicht im Stande sind, auch nur den kleinsten Beitrag zur Deckung der Unkosten beizutragen. Also Freunde allerorts, tragt alle gleich und dabei euer Ehrenkleid bei und helfet so euren Brüdern durch den Kampf zum Sieg, durch den Sieg an's Ziel!

= Dresden, 25. Jan. Im sächsischen Landtage macht gegenwärtig die Sozialdemokratie den reaktionären Parteien viel zu schaffen. Unsere Abgeordneten, weit entfernt, durch planloses Demonstrieren den Gang der Verhandlungen zu stören, theilnehmen sich vielmehr ernstlich an den Beratungen der gegebenen Vorlagen und finden gerade dabei Gelegenheit genug, mit Nachdruck für unsere Prinzipien und für das Volkswohl im Allgemeinen einzutreten oder flagrannte Verletzungen des Volksrechts an's Tageslicht zu ziehen. Die Vertreter der herrschenden Gewalt stehen in solchen Fällen stets verlorren, und der moralische Sieg, in einzelnen Fällen auch der faktische, ist auf unserer Seite. Ueber die Reden Liebknecht und Freytags in der Debatte über das Gefängniswesen haben Sie bereits berichtet. Doch ist hierzu noch Eines nachzutragen. Bekanntlich wurde von einem Nationalliberalen der „Sozialdemokrat“ in die Debatte gezogen und eine Stelle daraus zitiert, welche beweisen sollte, daß wir Umsturzpläne verfolgen. Gen. Liebknecht antwortete, es siele ihm gar nicht ein, die Worte des „Sozialdemokrat“ zu verleugnen. Daß solche Blätter im Auslande erscheinen und eine erbitterte Sprache führen, sei eben die Folge der Unterdrückung der freien Presse in Deutschland und die Unterdrücker trügen allein die Schuld, wenn sich der gerechte Zorn über diese Mißwirthschaft in immer heftigerer Weise Luft mache.

In der Landtagsitzung vom 23. ds. stellte Liebknecht den Minister Rostiz-Wallwitz zur Rede über die willkürliche und ungesetzliche Handhabung des Sozialistengesetzes, über den Mißbrauch desselben zu Wahlzeiten und über die standalösen Ausweisungen der Reichstagsabgeordneten Kayser und Wahlreich und Vollmars. Der Minister, welcher sonst nicht so leicht die Fassung verliert, (er sagte z. B. dieser Tage in einer Audienz dem Handelschullehrer Klemm mit frecher Stirn, daß er dessen Existenz in Dresden in Rücksicht auf seine sozialistische Gesinnung sofort vernichten würde, sobald er eine gesetzliche Handhabung dazu besitze) war ganz außer sich, stotterte etwas von Klassenhaß und schwieg dann ganz, als ihm Liebknecht replizierte: daß nicht wir, sondern die Ausbeuter und die Ausnahmegegesetz-Fabrikanten Klassenhaß säen und auf den Umsturz hinarbeiten. Gestern nahm Liebknecht noch Gelegenheit, die nichtswürdige Polizeispionage in Dresden, bei Hausdurchsuchungen, in Restaurationen, wie auf der Post, wo sie zu gemeinem Diebstahl ausartet, den die Polizei an Briefen der Sozialisten verübt, zu brandmarken. Darüber war natürlich der Landtag sehr erschrocken und auch die Dresdener Spießbürger und deren Organ, die „Nachrichten“, jammern: das gehöre gar nicht in den Landtag, sondern „auf den Instanzenweg“ u. Als ob ein Sozialist jemals im altenmässigen Verfahren der Lohnarbeiter unseres Polizeistaates sein Recht zur Geltung bringen könnte! Freilich, auf dem „ordnungsmässigen“ Instanzenweg wird das Unrecht in den Akten begraben, während es im Landtage dem Volk zu Ohren kommt; deshalb mag es den Reaktionsären — an deren Spitze im sächsischen Landtage der Wechselprotestadvokat und Schwindelgründer Ackermann steht, der in Gemeinschaft mit dem berüchtigten Mehnert seine gefelich erlaubten Schwindeleien treibt, — nicht opportun erscheinen, daß etwas Derartiges vorgebracht wird. Um so mehr Grund für uns, diesen Weg fest fortzusetzen!

Noch theile ich Ihnen mit, daß dieser Tage der Redakteur der früheren „Chemnitzer Freie Presse“, Paul Lausche, nach 16monatlicher Haft den Kerker verlassen hat, wohin ihn der fanatische Haß der Chemnitzer Richter, der nach den Attentaten dort aufsobernte, wegen geringfügiger Uebertretungen des Preßgesetzes gebracht hatte. Lausche wurde in Zwickau unter dem „Humanisten“ d'Aligne in schimpflichster Weise behandelt und physisch und moralisch gequält. Die Haare wurden ihm geschoren, er wurde mit „Du“ angeredet, mußte die Kleider der niedrigsten Verbreiterklasse tragen, mußte die ersten Monate permanent hungern (denn er bekam täglich nur 1 Pfund Brod und außerdem etwas Suppe); an Selbstbeschäftigung und sonstige Vergünstigungen war gar nicht zu denken, während wohl-